

VR *International*

AUSLANDSGESCHÄFT. EINFACH MACHEN!

6

**ALGERIEN HÄNGT
AM ERDÖL-TROPF**

10

**CHINAS FINANZSTRÖME
– DAS INTERVIEW**

11

**BEIJING ZIELT AUF
AUSLÄNDISCHE
INVESTOREN**

China schafft Anreize für „saubere“ Unternehmen

Beijing hat wortwörtlich „die Nase voll“ vom Smog und will die globale Vorreiterrolle beim Umweltschutz übernehmen. Nicht nur neue Gesetze tragen dazu bei, sondern häufig auch Anreize für die Unternehmen.

Wer hat davon nicht gehört: die Luftverschmutzung in Beijing, überfüllte Straßen in den unzähligen chinesischen Millionenstädten, ein Fünftel aller Böden des Landes unfruchtbar und das vielleicht größte Problem - Chinas Wasserverschmutzung. Nicht zuletzt waren neben niedrigen Lohnkosten auch mangelnde Umweltschutzbestimmungen für manch ausländischen Investor ein entscheidender Grund, um in China zu produzieren. Bis zu einem Drittel der Emissionen des Landes kommen aus Fabriken, die Waren für den Export produzieren.

Momentan zeichnet sich allerdings eine Veränderung in die entgegengesetzte Richtung ab. Immer häufiger erfährt man in den Medien von Fabrikschließungen und Produktionseinschränkungen für Verschmutzer. Auch stößt man derweilen auf Schlagzeilen wie „Erneuerbare Energien: China übernimmt Europas Vorreiterrolle“ oder „China trägt am meisten zur globalen Grünflächenausdehnung bei“. Wie schafft das Reich der Mitte das und wie verändern sich hierdurch die Bedingungen für produzierende Unternehmen?



Da China mit einem Verlangsamen des Wirtschaftswachstums zu kämpfen hat, zieht es ein Großteil der Provinzregierungen vor, Unternehmen Anreize zum Umweltschutz zu bieten, anstatt sie wegen Umweltverschmutzung zu bestrafen. Ein Beispiel hierfür ist die Provinz Hebei, die kürzlich ein neues „Pacemaker-System“ eingeführt hat, um umweltfreundlichen Unternehmen eine Vorzugsbehandlung zu ermöglichen. Unter anderem können die sogenannten Pacemaker-Unternehmen mit einer Senkung oder gar einem Wegfall ihrer Produktionseinschränkungen rechnen.

Pacemaker sind in der Regel Firmen aus Industriebereichen wie Stahl, Zement, Glas, der Kokerei oder der Energieerzeugung. Der Status eines Pacemakers wird von unabhängigen externen Gutachtern verliehen, wenn diese Unternehmen beispielsweise innerhalb des Produktionsprozesses strengere Emissionsnormen vorschreiben, ein umweltfreundliches Lieferkettensystem einführen oder einen niedrigen Kohle- und Wasserverbrauch haben.

Darüber hinaus gibt es seit Anfang des Jahres einen Steueranreiz, um Unternehmen zu unterstützen, die sich an den Umweltzielen der Regierung orientieren. Dazu gehören qualifizierte Firmen aus beispielsweise der Abfallbewirtschaftung oder jene, die sich mit der Überwachung der Umweltverschmutzung befassen. Diese können von einer von 25 auf 15% verringerten Ertragssteuerrate (Corporate Income Tax, CIT) profitieren. Sie wird rückwirkend vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2021 umgesetzt. Die entsprechende Richtlinie wurde im April vom Finanzministerium, der staatlichen Steuerverwaltung, der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission und dem Ministerium für Ökologie und Umwelt angekündigt.

Neues Gesetz zur Bodenverschmutzung

Zum Jahresbeginn wurde in China auch ein neues Gesetz zur Bodenverschmutzung verabschiedet. Hierbei sollten sich Hersteller, Unternehmer und andere Inhaber von Landnutzungsrechten mit den Rechtsvorschriften vertraut machen, da sie jetzt möglicherweise zusätzlichen Verpflichtungen und Haftungen unterliegen.

Das Gesetz zur Prävention und Bekämpfung der Bodenverschmutzung sieht vor, dass der Verschmutzer für jedes identifizierte Bauland mit Kontaminationsrisiko eine Untersuchung durchführen muss. Dazu gehören die Analyse des Bodenzustands und Risikobewertungsberichte. Sollte der Verschmutzungsgrad den nationalen Normen übersteigen, ist auch ein eigener Sanierungsplan erforderlich. Zudem werden im Rahmen des Bodenverschmutzungsgesetzes weitere Bodenüberwachungsstationen eingerichtet, um Informationen zu sammeln, die dann in einer zentralen Datenbank verbreitet werden, auf die alle relevanten Umweltbehörden zugreifen können.



Umweltfreundliche Unternehmen können mit einem Wegfall ihrer Produktionsbeschränkungen rechnen.

Chinas Luftverschmutzungsinspektionen werden in Zukunft voraussichtlich noch mehr Regionen treffen. Nach Angaben des Ministeriums für Ökologie und Umwelt sind Unternehmen aus den Bereichen Industrie, Energie, Verkehr und Landnutzung am stärksten betroffen und die Umstellung von Kohle auf Gas wird in den nächsten Monaten weiter vorangetrieben.

Im Gegensatz zum vorherigen Aktionsplan 2017 sieht der neue Aktionsplan 2020 Luftreinhalteinspektionen vor, die sich nicht nur auf die Region Beijing-Tianjin-Hebei beschränken, sondern auch Shanghai sowie Städte in den Provinzen Jiangsu, Zhejiang, Anhui, Shanxi und Shaanxi umfassen. Zur Durchsetzung dieser Ausweitung entsendet die Zentralregierung zweihundert Teams, bestehend aus rund 18.000 Inspektoren und Hilfspersonal, die die Luftreinhalteinspektionen

durchführen werden. Dies entspricht einer Verdreifachung der Belegschaft gegenüber dem Vorjahr.

Fabriken in städtischen Gebieten mit einem hohen Verschmutzungsgrad und insbesondere solche, in denen Stahl hergestellt oder Kohle verwendet wird, sind weiterhin dem Risiko einer Zwangsverlagerung oder gar einer Schließung ausgesetzt. Im Juni 2018 kündigte der chinesische Staatsrat an, neue Stahl-, Koks- und Primäraluminiumkapazitäten in den Regionen Beijing-Tianjin-Hebei und dem Yangtse-Flussdelta zu verbieten. In der Provinz Hebei wird die Stahlproduktion im nächsten Jahr weiter auf 200 Mio. t begrenzt. Beijing und Guangdong waren an dieser Front besonders aktiv und es wird erwartet, dass weitere Städte folgen, wenn die Frist für 2020 näherrückt. Beijing gilt weithin als führend bei der Bekämpfung der industriellen Umweltverschmutzung und es gibt wenig Anzeichen dafür, dass eine andere chinesische Großstadt Beijing dabei überholen wird. Nachdem bereits Registrierungsanträge von 19.500 Unternehmen abgelehnt und weitere 2.465 Hersteller geschlossen oder umgesiedelt wurden, wird erwartet, dass die Hauptstadt bis 2020 weitere 1.000 produzierende Unternehmen schließen wird. Diese beschleunigten Schließungen und Umzüge bedeuten den Rückzug Beijings aus dem traditionellen verarbeitenden Gewerbe mit dem Ziel, den Smog zu verringern und den Nachbarregionen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten.

In ähnlicher Weise hat Guangdong Leitlinienentwürfe herausgegeben, die ein Verbot neuer industrieller Kapazitäten für eine Reihe von Unternehmen im Perlflossdelta fordern. Zu den Zielbranchen gehören Kohlekraftwerke, Stahl, Erdöl, Petrochemikalien, Glas, Keramik und das Buntmetallschmelzen.

Verpflichtung zu sauberen Energiealternativen

Die Erzeugung von alternativer und sauberer Energie hat nach einer Reihe neuer Richtlinien, die im August 2017 angekündigt wurden, neue Aufmerksamkeit erhalten. Sie zielen darauf ab, die Erdgasversorgung zu verbessern und die Verwendung von Ethanol als erneuerbarem Biokraftstoff zu fördern.

Chinas Führung sieht zudem die Initiative zur Umstellung auf sauberere Brennstoff-

fe beim Heizen in den Wintermonaten als Priorität. Diese besteht bereits seit sechs Jahren und ist eine Hauptmaßnahme bei der Smogbekämpfung. Im Rahmen des neuen Aktionsplans 2020 sollen Erdgas und Strom als Ersatz für Kohle eingesetzt werden. Allerdings stieß das Programm aufgrund der weitverbreiteten Erdgasknappheit auf Schwierigkeiten. Trotzdem schafften es im Vorjahr 4,8 Mio. Haushalte (gegenüber 4 Mio. im Jahr 2017), von Kohle auf Erdgas und Strom umzusteigen.

Erste CO2-Transaktion im nächsten Jahr

Während des Kampfes gegen die Umweltverschmutzung sollten Unternehmen sicherstellen, dass sie die neuesten Geset-

ze und Richtlinien einhalten und dass ihre Geschäftsstrategie mit den Zielen des Aktionsplans 2020 und des 13. Fünfjahresplans in Einklang steht. Fünf Jahre nachdem Ministerpräsident Li Keqiang Chinas Krieg gegen die Umweltverschmutzung zum ersten Mal erklärt hatte, wurden die Bemühungen der Volksrepublik um die Bekämpfung der Umweltverschmutzung immer komplexer, umfassender und strategischer. Als nächstes Highlight soll im kommenden Jahr die erste CO2-Transaktion in China mit dem lang erwarteten nationalen Emissionshandelssystem getätigt werden.

Die Kompromisslosigkeit der Politik zeigt Wirkung, denn die Beijinger Bevölkerung hat wortwörtlich „die Nase voll“ vom Smog. Die Luft wird deutlich sauberer und mit klarem blauem Himmel an Beijin-

ger Wintertagen beweist die Hauptstadt, dass sie sich auch von einer schöneren Seite zeigen kann.

Autor

Marco Förster

ist in Beijing für den German Desk von Dezan Shira & Associates (DSA) verantwortlich. Er berät deutsche Kunden hinsichtlich Markteintrittsstrategien, Unternehmensgründung, Wirtschaftsprüfung, Buchführung sowie Rechts- und Steuerfragen in ASEAN, China und Indien.
Kontakt: germandesk@dezshira.com



News inside: DZ BANK German Desk Singapur

Positives Signal – Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur tritt in Kraft

Bereits im Oktober 2018 wurde in Brüssel das zukunftsweisende Freihandelsabkommen zwischen der EU und Singapur unterzeichnet: Das EU-Singapore Free Trade Agreement (EUSFTA). Die Zustimmung des Europaparlaments erfolgte im Februar 2019, die endgültige Ratifizierung der Vereinbarungen wird noch innerhalb der nächsten Monate erwartet. Es sind die ersten bilateralen Freihandelsvereinbarungen zwischen der EU und einem Mitgliedsstaat des global aufstrebenden Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN).

Das EUSFTA beinhaltet die Befreiung sämtlicher Einfuhrzölle, welche bis dato von Singapur auf EU-Importe erhoben werden. Im Gegenzug wird die EU die Abgaben auf ca. 90%, der aus Singapur importierten Produkte, streichen. Die Einfuhrzölle auf die dann noch übrigbleibenden 10% sollen innerhalb der nächsten fünf Jahre sukzessive abgeschafft werden.

Zielsetzung des Abkommens ist die Ausweitung des bilateralen Handels, weshalb auch der Abbau von regulatorischen Handelshemmnissen in den Bereichen Erneuerbarer Energien, Arzneimittel, Medizinprodukte, Elektronik, Kraftfahrzeuge und Fahrzeugteile vorgesehen ist.

Bereits jetzt ist Singapur innerhalb Südostasiens das wichtigste Land für Warenexporte aus der EU. Auf der anderen Seite ist die EU weltweit der bedeutendste Abnehmer singapurischer Dienstleistungen. Durch das Abkommen wird innerhalb der nächsten fünf Jahre eine weitere Zunahme des bilateralen Handels um ca. 10% erwartet.

Das EUSFTA sieht zudem Vereinfachungen der Ausschreibungsverfahren für öffentliche Aufträge vor. Auch der Umfang an staatlichen Aufträgen, für welche ausländische Unternehmen berücksichtigt werden können, wird erweitert. In Singapur betrifft dies insbesondere Projekte

des hiesigen Eisenbahnsektors und der nationalen singapurischen Umweltbehörde. Europäische Firmen erwarten sich hiervon noch mehr Chancen, Zuschläge für lukrative Projekte in Singapur zu erhalten.

Autor

Georg Wagner

DZ BANK AG
Strukturierte Finanzierung
German Desk
Singapore
50 Raffles Place 43-01
Singapore Land Tower
Singapore 048623
0065 64278382
georg.wagner@dzbank.de



Ägypten: Großprojekte erhöhen Maschinenbedarf

Die Aussichten für den Maschinenbausektor in Ägypten sind überwiegend positiv. Die Regierung setzt große Städtebauprojekte um und modernisiert die Energie- und Verkehrsinfrastruktur. Die öffentlichen Holdings für Chemie und Textilien führen Programme zur Modernisierung ihrer Tochterunternehmen durch. Der Wettbewerb auf dem preissensiblen ägyptischen Markt für Maschinen spielt sich vor allem im Importbereich ab. Mit Produkten aus Deutschland werden Eigenschaften wie hohe Qualität und Zuverlässigkeit sowie Langlebigkeit verbunden. Sind etwa bei Projekten aufwendige Spezialanforderungen zu erfüllen, ist das Vertrauen in deutsche Lösungen hoch. Häufig wird jedoch das

ebenfalls hohe Preisniveau beklagt. Deshalb werden die Finanzierungsangebote der Hersteller immer wichtiger. Vorteile gegenüber Wettbewerbern können ein zuverlässiger Aftersales-Service, die lokale Verfügbarkeit von Ersatzteilen sowie Ansprechpartner im Land bringen. Aber nicht nur private Kunden schätzen Ausrüstungen aus Deutschland. Delegationen der ägyptischen Regierung und des Militärs zeigten in den vergangenen beiden Jahren starkes Interesse an deutscher Technik. Konkret ging es um Abfall- und Recyclinganlagen und die Organisation dieses Sektors sowie eine Kooperation mit Industrieunternehmen aus der Bundesrepublik. Die Arab Organization for Industrialization unterzeichnete

eine Absichtserklärung mit dem Maschinenbauunternehmen DMG Mori. Dem Wirtschaftsinformationsdienst „Enterprise“ zufolge ging es um die Einführung nicht näher genannter Produktionstechnik in Ägypten.



Weitere Informationen:
<https://www.giz.de/de>



Brasiliens Maschinenbau bleibt im Wachstumsmodus

Im ersten Halbjahr stieg die inländische Maschinennachfrage in Brasilien im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 11,6%. Durch die Marktöffnung ergeben sich Absatzchancen für deutsche Lieferanten. Der Verkauf von Agrarmaschinen steigt konstant. Die Landwirtschaft erwies sich in der Rezession als Stützpfeiler der Wirtschaft. Der Trend zur digitalisierten Produktion heizt die Nachfrage an. Aber auch einige Industriebranchen verzeichnen bereits wieder steigende Investitionen. Neue Förderprogramme stimulieren Projekte der Kfz-Industrie. GM, Fiat Chrysler, Scania und Volvo kün-

digten im ersten Halbjahr neue Vorhaben an. Der Bausektor rechnet für dieses Jahr mit einer Wende ins Auftragsplus. Der Branchenverband CBIC prognostiziert ein Wachstum um 2%. 2018 war die Bruttowertschöpfung des Sektors zum fünften Jahr in Folge zurückgegangen. Mittelfristig sollen aber die neu vergebenen Infrastrukturkonzessionen die Branchentätigkeit wieder stärker ankurbeln. In Erwartung dieser Erholung zog die Nachfrage nach Baumaschinen 2018 um 40% an. Für 2019 erwartet der Verband der Baumaschinenhersteller Sobratema ein leichtes Wachstum um 3%.

Die Regierung setzt zudem auf Entbürokratisierung zur Ankurbelung des Unternehmertums. Vielfältige Maßnahmen sollen das Geschäftsumfeld verbessern. Dazu gehören insbesondere auch Erleichterungen bei Anschaffung, Installation und Betrieb moderner Maschinen, wie die Erweiterung des begünstigten Zollregimes Ex-Tarifários und die Überarbeitung der Normen für Arbeitssicherheit.

Weitere Informationen:
<https://www.oav.de>



Polen fördert energieeffiziente Sanierungen

Die Energiepreise dürften in Polen steigen, wodurch sich effiziente Gebäudelösungen lohnen. Vor allem Eigentümer und Verwalter von kommerziellen Gebäuden wie Büros, Einkaufszentren oder Lagerhallen legen in der Regel Wert auf energiesparende Lösungen, um ihre Marktposition zu stärken. Zudem werden die Ansprüche der immer wohlhabenderen Bevölkerung, die es in die Städte beziehungsweise in die Nähe von Agglomerationen zieht, immer höher:

Deutsche Heiztechnik ist zunehmend gefragt. Für hochwertige, umweltfreundliche Materialien und energieeffiziente Installationen bieten sich daher gute Absatzchancen. Isolierfenster und Dämmstoffe steigern zusätzlich die Effizienz der modernen Heizungsinstallationen. Hier können die qualitativ hochwertigen Produkte der Hersteller aus Deutschland punkten. Nachholbedarf besteht zudem beim individuellen Ablesen des Verbrauchs von Wasser, Strom und Wär-

meenergie: Nebenkosten für Mieter werden häufig noch nach Flächenanteilen berechnet. Das soll sich nach dem Willen der Regierung künftig ändern, was auch deutschen Anbietern Zulieferchancen für entsprechende Messsysteme eröffnet.

Weitere Informationen:
<https://www.german-energy-solutions.de>



Gute Aussichten in Norwegens Bauindustrie

Die norwegische Baubranche erhält mehr Aufträge als erwartet. Im ersten Halbjahr wurden laut Statistikamt SSB mit rund 16.500 Baugenehmigungen über 14% mehr erteilt, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die beantragte Fläche wuchs auf 4,9 Mio. qm. Die Industrie plant 14% mehr Quadratmeter zu bebauen als im Vorjahreszeitraum, im Wohnungssektor sind es immerhin 8,5%. Der Verband der Baubranche Byggenæringens Landsforening unterstreicht die gute Lage besonders im Bereich Ausbau und Modernisierung von Industriegebäuden.

Rund 1,5% pro Jahr sollen in dieser Sparte die Regierungsausgaben bis 2022 steigen. Die öffentliche Hand investiert zudem hohe Beträge in neue Krankenhäuser und in die Infrastruktur. Im Rahmen des Nationalen Transportplans bis

2029 wachsen vor allem die Ausgaben für den Bahnbereich dynamisch. Im Straßenbau sind 50 Autobahnprojekte im Wert von etwa 14 Mrd. EUR in Planung. Deutsche Unternehmen sind vor allem bei Wohnungsvorhaben und im Tunnelbau tätig. Sie liefern und installieren auch technische Gebäudeausrüstungen, Verschalungs- und Gerüstsysteme. Ein guter Startpunkt bietet die Durchführung von Aufträgen für deutsche Investoren in Norwegen. Gefragt ist Know-how aus Deutschland zudem im Rahmen energieeffizienter Lösungen.

Weitere Informationen:

<https://businessportal-norwegen.com>



Aufträge der ADB bieten Chancen

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) investiert in die Verbesserung der Lebensbedingungen in Asien. Aufträge für Bauprojekte und Beratungsleistungen stehen auch deutschen Unternehmen offen. In Asien-Pazifik müssen bis 2030 rund 1,7 Bill. USD in Energie, Transport, Telekommunikation und Wassermanagement investiert werden, so eine Prognose der ADB. Dabei gibt die Entwicklungsbank nicht nur selbst Geld, sondern aktiviert als Kofinanzierer auch Kapital von privaten Institutionen. 2018 sagte die Bank 21,6 Mrd. USD für Neuvorhaben in Form von Krediten oder Zuschüssen zu.

Häufig sind die Projekte gemeinsam mit anderen Geberinstitutionen wie multilateralen Geldinstituten und Länderorganisationen finanziert. Von ADB-Vorhaben können deutsche Unternehmen zum einen bei der Ausschreibung von Aufträgen, also durch Bauausführung oder Lieferung von Technologie sowie durch Beratungsleistungen profitieren. Zum anderen unterstützt die Entwicklungsbank private Investitionen mit Kapital. Im Bereich Consulting waren vor allem kleine deutsche Firmen vertreten. In den vier Jahren bis 2018 wurden Verträge für

insgesamt 144 Mio. USD an Büros aus der Bundesrepublik vergeben.

Generell erhalten Unternehmen aus den Ländern, in denen die Vorhaben umgesetzt werden, viele Aufträge - gerade im Baubereich. Daher bieten sich für deutsche Unternehmen, die noch keine Erfahrung mit ADB-Projekten haben, vor allem Partnerschaften an, bei denen sie Unterauftragnehmer sind oder Spezialleistungen bieten. Gerade zum Thema nachhaltige Entwicklung - in den Sparten Energieversorgung, Wassernetze und Transport - haben Unternehmen aus Deutschland wertvolle Erfahrungen anzubieten. Somit haben in den Bereichen Umwelt und Ingenieurdienstleistungen auch kleinere Beratungsbüros Chancen, Aufträge zu gewinnen.



Weitere Informationen:

<https://www.vdma.org>



MESSETIPPS

Techtextil North America Internationale Fachmesse für technische Textilien und Vliesstoffe

Im Georgia World Congress Center in Atlanta, USA, findet vom **12. bis 14. Mai 2020** Techtextil North America - Internationale Fachmesse für technische Textilien und Vliesstoffe - statt.

Veranstalter:

Messe Frankfurt, Inc.
3200 Windy Hill Road
Suite 500 West
Atlanta, Ga 30339
Fon: +1 770 98480-16
Fax: +1 770 98480-23
info@usa.messefrankfurt.com
<https://techtextil-north-america.us.messefrankfurt.com/us/en.html>

Gemeinschaftsstand des Bundes – Aussteller-Anmeldungen erfolgen bei:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH
Fon: 0049 69 7575-0
info@messefrankfurt.com
www.messefrankfurt.com

SIAL China Internationale Messe für Nahrungsmittel

Vom **13. bis 15. Mai 2020** findet die SIAL China im SNIEC - Shanghai New International Expo Centre, Shanghai, in China statt.

Deutsche Vetreutung:

IMF Internationale Messen in Frankreich mbH
Worringerstr. 30
50668 Köln
Fon: 0049 221 130509-00
info@imf-promosalons.de
imf-promosalons.com

Gemeinschaftsstand des Bundes – Aussteller-Anmeldungen erfolgen bei:

Hamburg Messe und Congress GmbH
Fon: 0049 40 3569-0
info@hamburg-messe.de
<http://www.hamburg-messe.de>

Kontaktadresse für alle Fragen rund um Ihr internationales Geschäft

Haben Sie Fragen oder zusätzlichen Informationsbedarf für Ihr internationales Geschäft? Sie erreichen die erfahrenen Spezialisten der DZ BANK unter folgender Mail-Adresse: **team.international@dzbank.de**. Bitte mit dem Hinweis, zu welcher Volks- oder Raiffeisenbank Geschäftsverbindung besteht.



Algerien

Algerien verfügt durch seine umfangreichen Erdöl- und Erdgasvorkommen über eine vielversprechende Exportbasis einerseits sowie über einen großen Absatzmarkt andererseits, allerdings offenbart die Wirtschaft aufgrund mangelnder Diversifizierung, unterentwickeltem Privatsektor sowie überfälliger, auch vom IWF dringend angemahnter Strukturreformen große Abhängigkeiten und Schwachstellen. Trotz Sparmaßnahmen hält die politische Führung an wichtigen Investitionsprojekten insbesondere im Wohnungsbau-, Sozial- und Infrastrukturbereich fest.

Politische Lage

Algerien befindet sich seit Monaten in einer politischen Krise mit anhaltenden Massenprotesten. Im April dieses Jahres trat der zwei Jahrzehnte regierende knapp 83-jährige, gesundheitlich stark angeschlagene Präsident Bouteflika im Zuge massiver Straßenproteste zurück. Die zunächst für Anfang Juli geplante Neuwahl wurde vom Verfassungsrat verschoben, weil die beiden einzigen Kandidaten nicht die Voraussetzungen erfüllt hätten. Als neuen Wahltermin hat Übergangspräsident Bensalah den 12. Dezember 2019 angekündigt. Seither wurden mehrere ranghohe Politiker und Geschäftsleute aufgrund von Korruptionsvorwürfen festgenommen. Im



Rahmen der noch von Bouteflika Mitte März 2019 eingesetzten Übergangsregierung fungiert Nouredine Bedoui als amtierender Premierminister. Die letzten regulären Parlamentswahlen im April 2017, aus der mit deutlicher Mehrheit (56%) erneut eine regimetreue Regierungsal-

lianzen aus 'Front de Libération Nationale' (FLN) zusammen mit dem langjährigen Partner 'Rassemblement National Démocratique' (RND) hervorging, waren durch eine sehr geringe Wahlbeteiligung von 35% geprägt. Die Opposition ist aufgrund von Repression schwach. Die Oberhand in der aktuellen politischen Übergangsphase behält das Militär unter Führung von Armeechef Ahmed Gaïd Salah. Infolgedessen dürften die sozialen Unruhen unverändert andauern und vom mächtigen Sicherheitsapparat in Schranken gehalten werden. Signifikante Risiken für die Sicherheitslage gehen von der mit 27% sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit und der damit verbundenen Perspektivlosigkeit aus.



Die algerische Wirtschaft ist nach wie vor extrem abhängig vom Erdöl- und -gassektor, der 95% der Exporterlöse sowie über 50% der Staatseinnahmen ausmacht.

Die fünf größten Geschäftsbanken

(in Mio., gemessen an der Bilanzsumme per 31.12.2017; lediglich für BNA per 31.12.2018)

Banque Extérieure d'Algérie (BEA)	22.651
Banque Nationale d'Algérie (BNA)	22.347
Crédit Populaire d'Algérie (CPA)	13.948
Banque de l'Agriculture et du Développement Rural	9.779
Banque de Développement Local (BDL)	6.546

Die Außenpolitik Algeriens stützt sich auf gute Beziehungen zur EU und zu den USA, letztere insbesondere im Bereich Sicherheitskooperation. Im Fokus der Beziehungen zu China und Russland stehen wirtschaftliche Interessen. Das Verhältnis zu Marokko ist seit Jahren zerrüttet, da die algerische Regierung die Unabhängigkeitsbestrebungen der Region Westsahara unterstützt, auf die Marokko Territorialansprüche erhebt.

Wirtschaftsstruktur

Die algerische Wirtschaft ist nach wie vor extrem abhängig vom Erdöl- und -gassektor, der 25% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), 95% der Exporterlöse sowie über 50% der Staatseinnahmen ausmacht. Der Sektor, der nur wenige Arbeitsplätze bietet, ist kapitalintensiv sowie stark von Ausrüstungs- und Know-how-Importen abhängig. Die Diversifizierungsbemühungen Algeriens zeigen bislang kaum Fortschritte, insofern bleibt das Land stark anfällig gegenüber externen Schocks wie Ölpreisschwankungen. Schätzungen zufolge werden die Erdölreserven bereits in weniger als 20 Jahren erschöpft sein, die Erdgasreserven in 52 Jahren. Um trotz des steigenden Eigenbedarfs längerfristig weiter exportieren zu können, sind umfangreiche Investitionen in die Öl- und Gasproduktion notwendig. Die Verabschiedung eines neuen Öl- und Gasgesetzes liegt jedoch auf Eis und hält ausländische Investoren fern, was durch Korruptionsvorwürfe beim staatlichen Ölkonzern ‚Sonatrach‘ verstärkt wird. Die hinter Marokko und China weltweit drittgrößten Phosphatreserven bieten Algerien großes Erschließungspotenzial, allerdings ist die Realisierung 2018 angekündigter Großprojekte im Phosphat- und Düngemittelbereich derzeit ungewiss.

Aus dem Dienstleistungssektor stammt die Hälfte des BIP. Der von staatlichen Instituten dominierte Finanzsektor weist kaum internationale Verflechtungen auf und ist insgesamt zufriedenstellend kapitalisiert und profitabel. Eine mangelhafte Bankenaufsicht, lockere Geldpolitik sowie aufgrund staatlich gelenkter Kreditvergabe hohe Risikokonzentrationen gegenüber ineffizienten Staatsunternehmen haben die Liquiditäts-, Zins- und Kreditrisiken erhöht. Der Agrarsektor leistet einen BIP-Beitrag von 14%, den die algerische Regierung auf

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung (in Prozent)			
Jahr	Bruttoinlandsprodukt (real)	Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)	Haushaltssaldo (BIP)
2017	1,6	5,9	-6,4
2018	2,1	3,5	-5,9
2019s	1,6	3,0	-6,6
2020p	2,1	4,5	-6,9

s = Schätzung p = Prognose
Quellen: Germany Trade & Invest (gtai), Internationaler Währungsfonds, eigene Schätzung

Entwicklungen in der Außenwirtschaft (in Mio. USD)			
Jahr	Leistungsbilanzsaldo	Direktinvestitionen (netto)	Währungsreserven (ohne Gold)
2017	-22.060	1.207	97.614
2018	-16.540	1.234	80.228
2019s	-8.523	1.408	68.388
2020p	-10.445	1.672	60.726

s = Schätzung p = Prognose
Quellen: Internationaler Währungsfonds, Zentralbank Algerien, Germany Trade & Invest (gtai), eigene Schätzung

20% steigern möchte. Die Privatwirtschaft ist unterentwickelt und wird durch Korruption, Vetternwirtschaft sowie eine übermäßige Bürokratie beeinträchtigt. Nachteilig wirkt sich zudem die stark nationalistisch geprägte Wirtschaftspolitik aus, die ausländischen Investoren lediglich Minderheitsbeteiligungen zubilligt mit noch strikteren Vorgaben für den Öl-/Gassektor. Die zur Förderung der heimischen Industrie sowie Reduzierung der Importlast Anfang 2018 erlassenen Einfuhrbeschränkungen bzw. Importzölle auf verschiedene Lebensmittel-

und Industrieprodukte wurden Ende April 2019 weiter verschärft.

Wirtschaftslage und -politik

Trotz Erholung des Ölpreisniveaus konnte Algerien 2018 lediglich mit Hilfe von Rückgriffen auf die Währungsreserven ein reales Wirtschaftswachstum von 2,1% ausweisen. Im Hinblick auf einen schwachen Privatkonsum sowie eine zurückhaltende Investitionstätigkeit des Privatsektors erwarten wir für 2019 ein BIP-Wachstum von 1,6%.



Die Hauptstadt Algier und die sie umgebende Region ist mit über sechs Millionen Menschen der größte Binnenmarkt Algeriens.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Algerien
 (in Mio. EUR)

Jahr	Deutsche Ausfuhr	Deutsche Einfuhr	Saldo
2016	3.205	1.316	1.889
2017	3.121	1.152	1.969
2018 (Jan.-Juni)	2.154	645	1.509
2019	1.051	307	744

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Außenhandel, Fachserie 7

2020 dürfte die anziehende Gasproduktion zu einer Wachstumsrate von 2,1% verhelfen. Bei Annahme eines internationalen Ölpreisniveaus zwischen 60-70 USD/Barrel ist Algerien einem hohen Druck auf den Staatshaushalt ausgesetzt, da der staatliche Ölstabilisierungsfonds in den ersten Monaten 2017 vollständig aufgezehrt wurde. Die 2017 eingeleitete Haushaltsdisziplin führte zunächst zu einer Halbierung des Budgetdefizits auf -6,4% des BIP, dürfte jedoch 2019/20 bei 6,6% bzw. 6,9% des BIP verharren. Um Wählergunst anzuziehen, ist nicht mit einschneidenden Einsparmaßnahmen vor allem hinsichtlich Subventionskürzungen und der Senkung öffentlicher Gehälter zu rechnen, gleichzeitig wirken sich anhaltend hohe Verteidigungsausgaben (16% der Ausgaben) angesichts der innenpolitisch und sozial fragilen Lage in der Region belastend aus. Durch ein im Oktober 2017 geändertes Bankengesetz hat die Regierung für einen Zeitraum von fünf Jahren die Finanzierung des Haushaltsdefizits durch die Zentralbank ermöglicht, was insbesondere seitens des IWF kritisch gesehen wird. Fiskalische Risiken resultieren auch aus den vielen ineffizienten Staatsunternehmen und -banken sowie dem in finanziellen Schwierigkeiten steckenden staatlichen Pensionsfonds. Letzterer verschlingt allein jährlich 2,5% des BIP in Form von Transferleistungen. Die Staatsverschuldung stieg in den letzten Jahren rasch an und wird bis Ende 2019 voraussichtlich 33,0% des BIP erreichen, Tendenz weiter steigend.

Mit Hilfe zahlreicher Importbeschränkungen sowie aufgrund zurückhaltender Nachfrage gelang es, die Inflation 2018 auf 3,5% und 2019 voraussichtlich auf 3,0% zu dämpfen. 2020 dürfte sich die Inflation infolge der teilweise monetären Staatsfinanzierung, Abwertung des algerischen Dinar und zunehmendem Nachfragedruck wieder auf 4,5% beschleunigen. Gestützt durch das höhere Ölpreisniveau sowie positive Effekte aus verringerten Einfuhr-

kontingenten u.a. für Kraftfahrzeuge wird das Leistungsbilanzdefizit Algeriens 2019 voraussichtlich auf 4,6% des BIP gegenüber 9,5% des BIP im Vorjahr sinken. Der größte Belastungsfaktor geht von der defizitären Dienstleistungsbilanz, konkret Zahlungen an internationale Energie- und Bauunternehmen für die umfangreichen staatlichen Investitionsprojekte, aus. Bislang wird das Defizit über den Rückgriff auf die bis 2013 aufge-

Das Wichtigste in Kürze

- Bestimmend für die algerische Wirtschaft sind Förderung und Export von Erdöl und Erdgas
- Weiter anhaltende Massenproteste nach dem Rücktritt des zwei Jahrzehnte regierenden Präsidenten Bouteflika
- Politische Unsicherheit bremst den wirtschaftlichen Diversifizierungsprozess
- Öl- und Gassektor stark von Ausrüstungs- und Know-how-Importen abhängig
- Interessanter Absatzmarkt vor allem für Nahrungsmittel und andere Verbrauchsgüter

bauten umfangreichen, allerdings schnell schwindenden Fremdwährungsreserven finanziert. Ausländische Direktinvestitionen fließen aufgrund des schwierigen Investitionsklimas – nicht zuletzt mit Blick auf die politische Unsicherheit – nur spärlich ins Land und entsprechen netto weniger als 1% des BIP.

Wirtschaftspolitisch erscheinen zeitnahe Fortschritte bei Strukturreformen zur Lösung der Abhängigkeit Algeriens vom Erdöl-/gassektor dringend geboten. Staatliche Investitionen zielen primär auf die Förderung der heimischen Industrie, Projekte in den Bereichen Stromwirtschaft, Meerwasserentsalzung, Infrastruktur, IT, Wohnungsbau sowie Bildungs- und Gesundheitswesen. Bei Bauaufträgen kommen häufig chinesische Partner zum Zuge.

Große Herausforderungen liegen im Abbau der verbreiteten Korruption, Erhöhung der Transparenz, Schaffung von ausreichend Arbeitsplätzen für die schnell wachsende

junge Bevölkerung sowie von Investitionsanreizen für ausländische Investoren. Die Regierung hat sich dazu extrem ambitionierte, inkonsistente Ziele gesetzt, die jedoch aktuell auf Eis liegen und unrealistisch erscheinen.

Der Mitte 2014 bis Mitte 2017 dauernde Ölpreisverfall führte in den letzten Jahren zu einem hohen Zwillingdefizit Algeriens im öffentlichen Haushalt und in der Leistungsbilanz, wodurch die Mittel des Ölstabilisierungsfonds bis Mitte 2017 aufgezehrt wurden. Die niedrige Auslandsverschuldung steigt bis Ende 2019 auf voraussichtlich 6,1 Mrd. USD und entspricht damit nur 3,3% des BIP bzw. 12,5% der Exporte. 2020 dürfte sich das Auslandsschuldenwachstum aufgrund zunehmender staatlicher Kredite aus China sowie Finanzierung von Investitionsprojekten staatlicher Konzerne über den internationalen Kapitalmarkt auf 7,3 Mrd. USD beschleunigen. Der Anteil kurzfristiger

Schulden ist mit 35% (2019) der Gesamtschulden rückläufig, aber immer noch relativ hoch. Der Schuldendienst bleibt mit 1% der Exporte 2019/20 problemlos tragbar.

Bis Ende 2019 dürften die Fremdwährungsreserven trotz Importbeschränkungen weiter auf 68 Mrd. USD schmelzen und den Finanzierungsspielraum Algeriens stark einschränken. Damit entsprechen die Reserven nur noch gut einem Drittel verglichen mit dem Höchststand Ende 2013 von 194 Mrd. USD. Trotz stark rückläufigem Trend bewegt sich die Importdeckung mit 13,5 Monaten (2019) noch auf einem komfortablen Niveau. Aktuell besteht nur geringes Potenzial für ausländische Direktinvestitionen, da Beschränkungen für Unternehmensbeteiligungen, hohe Sicherheitsrisiken und Unsicherheit über die politische Zukunft Algeriens ausländische Investoren fernhalten. Der hohe Außenfinanzierungsbedarf muss folglich weitgehend über den Rückgriff auf Reserven gedeckt werden.

Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und zur EU

Auf politischer Ebene finden regelmäßige Besuche zwischen Algerien und Deutschland statt. In den letzten Jahren kamen Foren für Wirtschaftskontakte hinzu, wobei die Schwerpunkte im Bereich Energie und Landwirtschaft liegen.

Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und Algerien belief sich 2018 auf geringe rund 2,8 Mrd. EUR. In den ersten sechs Monaten 2019 belief sich der Handelsumsatz auf 1,4 Mrd. EUR. Deutschen Exporten in Höhe von knapp 2,2 Mrd. EUR standen 2018 Importe aus Algerien von 0,6 Mrd. EUR gegenüber. Damit steht Algerien in der Rangfolge deutscher Exporte auf Rang 55, bei den deutschen Einfuhren auf Rang 74. Die deutschen Ausfuhren umfassen in erster Linie Kraftfahrzeuge und -teile (28%), Maschinen (19%) sowie chemische Erzeugnisse (14%), während auf elektronische und elektrotechnische Produkte (6%) sowie Nahrungsmittel (4%) bereits deutlich geringere Anteile entfallen. Die Importe aus Algerien werden durch Erdöl (60%) sowie petrochemische Produkte (32%) dominiert, während chemische Erzeugnisse noch 3% ausmachen, gefolgt von Nahrungsmitteln mit weniger als 1%. Ausländische Direktinvestitionen flossen 2017 in Höhe von

geringen 1,0 Mrd. EUR nach Algerien. Der Bestand belief sich insgesamt auf 24,3 Mrd. EUR jedoch war der Anteil Deutschlands mit 2,0% vernachlässigbar gering.

Aussichten

Die Unsicherheit hinsichtlich der politischen Zukunft Algeriens bremsen aktuell für den notwendigen wirtschaftlichen Diversifizierungsprozess essentielle Projektentscheidungen. Mit Blick auf diese Umbruchphase sowie zahlreiche Importbeschränkungen sind auch die Aussichten für das Investitionsklima in Algerien vage. Grundsätzlich wird neben dem Automobilsektor den Bereichen Pharmaproduktion, Elektronik sowie Nahrungsmittel- und Verpackungsindustrie Wachstumspotenzial zugesprochen, abhängig jedoch von der politischen Entwicklung. Verglichen mit den beiden Nachbarstaaten Marokko und Tunesien bietet Algerien mit rund 43 Mio. Einwohnern (2019) sowie einem Pro-Kopf-Einkommen von etwas mehr als 4.300 USD einen vielversprechenden Absatzmarkt, insbesondere für Nahrungsmittel und andere Verbrauchsgüter. Demgegenüber steht allerdings eine stark ausgeprägte staatliche Regulierung.

Jasmin Frank
DZ BANK AG

Eckdaten für den Export nach Algerien

Bevölkerung:
39,5 Millionen

Hauptstadt:
Algier

Währungseinheit:
1 Algerischer Dinar = 100 Centimes
ISO-Code: DZD

Wichtige Feiertage:
01. Januar Neujahr
01. Mai Tag der Arbeit
05. Juli Unabhängigkeitstag
01. November Tag der Revolution

Zollflughäfen:
Algier, Annaba, Constantine, Oran u.a.

Wichtige Seehäfen:
Algier, Annaba, Arzew, Djendien, Oran
Tamanrasset u.a.

Korrespondenzsprachen:
Arabisch, Französisch

Zolltarif:
Harmonisiertes System, Verzollung nach dem Transaktionswert.

Zahlungsbedingungen und Angebote:
Sämtliche Angebote müssen bei algerischen Banken über das elektronische Verfahren „Vor-Domizilierung“ angemeldet werden. Daher sollte der Exporteur zeitnah die relevanten Einfuhrdokumente dem Importeur zur Verfügung stellen, da mindestens 30 Tage vor Versand der Waren bei den algerischen Banken „domiziliert“ werden muss. Als Zahlungsform kann ein Dokumenteninkasso genutzt werden.

Euler Hermes Länder-Klassifizierung:
4
(Keine formellen Deckungseinschränkungen)

Auszug aus den „Exportbestimmungen anderer Länder“ 2018 sowie aus den „Konsults- und Mustervorschriften“ (42. Auflage, 2017/2018).

Auszug aus den „Exportbestimmungen anderer Länder“ 2018 sowie aus den „Konsults- und Mustervorschriften“ (42. Auflage, 2017/2018).

Hauptimportgüter Algerien (in Prozent der Gesamteinfuhr 2017)

Nahrungsmittel	17,2
Maschinen	16,5
Chemische Erzeugnisse	13,0
Eisen und Stahl	8,1

Quelle: Germany Trade & Invest, Wirtschaftsdaten kompakt, Mai 2018

Nützliche Adressen

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

Ambassade de la République fédérale d'Allemagne
B.P. 664
DZ-16000 Alger, Algerien
<http://www.algier.diplo.de>

Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Algerien

Görschstraße 45-46
13187 Berlin
info@algerische-botschaft.de
<http://www.algerische-botschaft.de>

Generalkonsulat der Demokratischen Volksrepublik Algerien

Friedrich-Ebert-Anlage 32
60325 Frankfurt am Main
Tel.: 0049 69 70 60 950

German-Algerian Chamber of Industry and Commerce

Chambre Algéro-Allemande de Commerce et d'Industrie
47, Rue Rabah Bourbia (St Raphael)
El-Biar
16000 Alger
Algérie
info@ahk-algerie.org
<http://algerien.ahk.de>

Ghorfa Arab-German Chamber of Commerce and Industry e.V.

Garnisonkirchplatz 1
D-10178 Berlin
ghorfa@ghorfa.de

„Teil eines ehrgeizigen strategischen Plans“

Christoph Trebesch ist Leiter des Forschungsbereichs „Internationale Finanzmärkte und Global Governance“ beim Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW). Die Studie „China's Overseas Lending“ zeigt erstmals ein umfassendes Bild der vom Reich der Mitte ins Ausland vergebenen Kredite und anderer Finanzströme. Dafür führten Trebesch und seine Koautoren Sebastian Horn und Carmen Reinhart Daten aus über sechs Jahrzehnten aus zahlreichen öffentlichen und nicht-öffentlichen Quellen zusammen.

VR International: Herr Trebesch, China ist der größte Gläubiger der Welt und engagiert sich besonders in Entwicklungsländern. Welche Ambitionen verfolgt Beijing in diesen Staaten?

Christoph Trebesch: Die Kreditvergabe unter der Belt and Road Initiative ist Teil eines ehrgeizigen strategischen Plans. Sie soll Chinas Zugang zu Rohstoffen sichern und den Handel mit chinesischen Gütern erleichtern. Zusätzlich sind die Kredite und Investitionen auch geopolitisch motiviert. Das ist wenig überraschend, denn aufstrebende Mächte haben in der Geschichte immer wieder Kredite und Handel genutzt um ihren Einfluss zu mehren.

VR International: Wofür werden die finanziellen Mittel überwiegend eingesetzt?

Christoph Trebesch: Der große Teil der Kredite wird für Investitionen in den Energie- und Rohstoffsektor sowie für Infrastruktur gewährt.

VR International: In der neuen Studie haben Sie und Ihr Team fast 5.000 chinesische Darlehen analysiert und herausgefunden, dass das Reich der Mitte weit mehr Kredite vergeben hat als bislang bekannt. Wieso unterrichtet Beijing die Weltbank und den IWF nur unvollständig?

Christoph Trebesch: Das Problem der Intransparenz besteht so-wohl auf chinesischer Seite als auch auf Seite der Empfängerländer. Chinesische Kredite werden in den Entwicklungsländern oftmals von staatlichen Unternehmen aufgenommen. Aufgrund eingeschränkter statistischer Kapazitäten werden diese Schulden von Entwicklungsländern in der Regel nicht erfasst. Oftmals haben die Empfängerländer selbst also kein umfassendes Bild ihrer

Schulden an China und können entsprechend auch keine detaillierten Angaben an die Weltbank und den IWF weiterreichen. Beijing könnte diesen Umstand durch Publikation seiner Kreditvergabe schnell beheben. Wieso China dies nicht tut, darüber können wir nur spekulieren, aber innerhalb Chinas ist die Datenlage auch nicht viel besser was Finanzflüsse angeht.

VR International: Im Bezug auf die Kreditvergabe werfen Kritiker Beijing eine Art „Schuldknechtschaft“ vor. Droht gerade in Afrika eine neue Schuldenkrise?

Christoph Trebesch: Den Begriff der „Schuldknechtschaft“ würde ich nicht verwenden. Die Entwicklungsländer stimmen der Kreditaufnahme ja bereitwillig zu und bestimmen in der Regel auch die Projekte selbst, die mit den Krediten finanziert werden. Fakt ist aber auch, dass die Schuldenstände zahlreicher Entwicklungsländer in Afrika in den letzten 5 Jahren stark angestiegen und insbesondere die Zins- und Amortisationskosten überproportional gewachsen sind. Die chinesische Kreditvergabe ist hierfür ein wichtiger Treiber, vor allem auch weil die Zinsen chinesischer Kredite oftmals deutlich über den Krediten internationaler Entwicklungsorganisationen liegen.

VR International: Laut der Studie wurden mehr als 75% der in den vergangenen Jahren gewährten direkten Entwicklungskredite von der staatlichen China Development Bank und der Export-Import Bank gewährt. Welche Vorteile ergeben sich daraus für die chinesische Regierung?

Christoph Trebesch: Diese Kredite dienen oftmals der Finanzierung von chinesischen Exporten. Die Aufträge für den Bau von großen Infrastrukturprojekten

Interview mit ...

Christoph Trebesch
ist seit April 2017
Leiter des Forschungsbereichs „Internationale Finanzmärkte und Global Governance“
beim Institut für Weltwirtschaft Kiel,
zudem ist er Professor für Makroökonomie
an der Universität Kiel



Kontakt:
0049 (431) 8814-577
christoph.trebesch@ifw-kiel.de

beispielsweise gehen in der Regel an chinesische Unternehmen. Das Land hat damit auch externe Nachfrage für Überkapazitäten im einheimischen Bausektor geschaffen.

VR International: Die Afrikanische Union hat kürzlich das interkontinentale Freihandelsabkommen AfCFTA auf den Weg gebracht. Glauben Sie, dass sich dadurch die Abhängigkeit von chinesischen Krediten verringern könnte?

Christoph Trebesch: Nein, Afrika ist als kapitalarmer Kontinent von ausländischem Kapital abhängig und hat riesigen Bedarf an Investitionen im Infrastruktur- und Energiebereich. Europa und die USA können oder wollen diese Nachfrage nur unzureichend bedienen, insofern wird China auch in Zukunft eine wesentliche Rolle spielen. Umso wichtiger ist, dass es gelingt Transparenz über die Volumina und Konditionen chinesischer Kredite zu schaffen.

VR International: Vielen Dank.

Chinas neues Foreign Investment Law

Welche Auswirkungen hat das im Januar in Kraft tretende Foreign Investment Law der Volksrepublik China in der Praxis? Schon jetzt können sich ausländische Investoren einige Neuerungen zunutze machen.

Im März hat der Nationale Volkskongress das neue PRC Foreign Investment Law (FIE Law) verabschiedet. Es wird zum 1. Januar in Kraft treten. In der ausländischen Presse findet das FIE Law vorwiegend deshalb Beachtung, weil es in einigen Bestimmungen formuliert, China werde geistiges Eigentum respektieren, ausländisch investierte und lokale chinesische Unternehmen gleichbehandeln und keinen Technologietransfer von ausländischen Firmen erzwingen.

An ähnlichen programmatischen Absichtserklärungen Chinas, insbesondere zum Schutz geistigen Eigentums, herrschte bereits in der Vergangenheit kein Mangel. Während man hier auch diesmal abwarten sollte, ob es sich um mehr als Lippenbekenntnisse handelt, gibt es in den beiden anderen Bereichen Gleichbehandlung sowie Technologietransfer bereits Konkretes. Ausländische Investoren in China können sich diese Neuerungen bald - und zum Teil bereits jetzt - zunutze machen. Es handelt sich dabei um (1) die Anpassung der Organstruktur chinesisch-ausländischer Joint-Venture-Unternehmen (JVs) sowie (2) die verbesserten Gestaltungsmöglichkeiten für Technologieverträge.

Geänderte Organstruktur

Mit Geltung des neuen FIE Law zum 1. Januar werden das PRC Wholly Foreign-owned Enterprises Law, das PRC Sino-foreign Equity Joint Venture Law sowie das PRC Sino-foreign Cooperative Joint Venture Law aufgehoben. Damit entfallen die Sonderregelungen, die bislang für JV eine besondere Organstruktur vorsahen, die von derjenigen lokaler chinesischer Unternehmen sowie rein ausländisch investierter Firmen abwich.

Bislang ist zwingend vorgeschrieben, dass das höchste Organ eines JV der Board of Directors ist. Eine Gesellschafterversammlung gibt es nicht. Der Board of Directors kann grundsätzlich mit einfacher Mehrheit entscheiden, es sei denn, in der Satzung ist etwas anderes bestimmt. Vier fundamentale Angelegenheiten kann der Board of Directors nach derzeit zwingendem Recht jedoch nur einstimmig entscheiden: Satzungsänderungen, eine Änderung des Stammkapitals, Verschmelzung und Abspaltung sowie Auflösung und Liquidation.

Aufgrund dessen hat derzeit der Minderheitsgesellschafter, auch wenn er nur einen Direktor im Board stellt, eine sehr starke Stellung - gleich wie hoch seine am JV gehaltenen Geschäftsanteile sind.

Nach neuer Rechtslage werden dagegen eine Gesellschafterversammlung als höchstes Organ haben. Diese übernimmt die wichtigsten Aufgaben des bisherige

gen Board of Directors. Letzteren gibt es grundsätzlich zwar weiterhin, er hat aber nur noch untergeordnete Bedeutung. In der Gesellschafterversammlung können die oben genannten vier fundamentalen Angelegenheiten mit einer Zweidrittelmehrheit entschieden werden, sofern die Satzung nichts Abweichendes vorsieht. Abgestimmt wird nach Geschäftsanteilen. Ein Minderheitsgesellschafter mit nicht mehr als einem Drittel der Geschäftsanteile und Stimmrechte hat daher künftig nach dem gesetzlichen Leitbild nur eine schwächere gesellschaftsrechtliche Stellung inne.

Auflagen für neu zu gründende Joint Venture

Klar ist, dass neue JV ab dem 1. Januar nur mit der neuen Organstruktur gegründet werden können, das heißt mit der Gesellschafterversammlung als höchstem Organ. Erfolgt die Gründung noch vor dem 1. Januar, mag ein Interesse daran bestehen, sich bereits im Vorgriff an den neuen Bestimmungen zu orientieren. Dies wird jedoch derzeit in aller Regel von der zuständigen Behörde, der sogenannten Administration for Market Regulation (ehemals Administration for Industry and Commerce) verwehrt. Anfragen bei verschiedenen Behörden in laufenden Projekten haben gezeigt, dass die Gründung noch nach der alten Rechtslage erfolgen muss, also mit Board of Directors als höchstem Organ und ohne Gesellschafterversammlung, sofern die Ausstellung der Business Licence und damit die Gründung des JV als Rechtsperson noch vor dem 1. Januar erfolgen werden. Auch die Ausgestaltung der Satzung mit herkömmlicher, zum 1. Januar aber automatisch erneuerter Organstruktur wird derzeit überwiegend von den Behörden abgelehnt.

Ob man zumindest die Antragsunterlagen mit der neuen Struktur entwerfen und vor Jahresanfang einreichen darf, wenn die Ausstellung der Business Licence nach dem 1. Januar erfolgt (die Bearbeitung des Antrags durch die Behörden dauert üblicherweise sieben bis zehn Arbeitstage), wird sich erst Ende des Jahres herausstellen. Derzeit sind Ausführungsbestimmungen zum FIE Law auf



der Agenda des chinesischen State Council. Eventuell adressiert der Gesetzgeber diese Frage. Ideal für Investoren wäre es, wenn er die Wahl der neuen Organstruktur bereits in diesem Jahr erlaubte. Derzeit erscheint dies jedoch eher unwahrscheinlich.

Übergangsfrist bis Ende 2024

Bestehende JV haben ab dem 1. Januar fünf Jahre Zeit, ihre Organstruktur anzupassen und eine Gesellschafterversammlung einzurichten, das heißt bis zum 31. Dezember 2024. Dies bedeutet, sie dürfen ab dem 1. Januar eine Gesellschafterversammlung einrichten. Bis zum 31. Dezember 2024 muss dies geschehen sein. Für diesen Vorgang müssen der Vertrag und die Satzung des JV geändert werden, ein Gesellschafterbeschluss und gegebenenfalls auch ein Board-Beschluss gefasst sowie die Geschäftsorgane abberufen und neu ernannt werden. Die Änderungen müssen bei den zuständigen Behörden registriert werden. Aufgrund der klar geregelten Übergangsfrist ist nicht zu erwarten, dass die Behörden bestehende JV vor dem 31. Dezember 2024 dazu zwingen werden, ihre Organstruktur zu ändern. Insofern verhält es sich anders als in der Situation, als zum 1. Januar 2006 mit dem Aufsichtsrat (Supervisor) ein neues Organ eingeführt wurde. Damals sah das Gesetz keine feste Übergangsfrist vor und die Behörden verlangten, dass ab sofort anlässlich jeder anderweitigen gesellschaftsrechtlichen Änderung gleichzeitig auch das Amt des Aufsichtsrats geschaffen und besetzt wurde. Aktuell ist jedoch davon auszuge-

hen, dass die Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2024 ausgeschöpft werden darf, auch wenn das JV vorher andere gesellschaftsrechtliche Änderungen durchführt. Die Zeit scheint auch notwendig, da die Neuverhandlung von JV-Verträgen in vielen Fällen nicht einfach durchzuführen sein dürfte.

Vorteile für ausländische Investoren bietet die Neuregelung vor allem in JV, in denen der chinesische Partner nicht mehr als ein Drittel der Geschäftsanteile hält und folglich nach neuer Rechtslage in allen Angelegenheiten überstimmt werden kann. Freilich bleibt es dem Minderheitsgesellschafter auch in Zukunft unbenommen, Vetorechte in den Gesellschaftsvertrag und die Satzung hineinzuverhandeln. Und darum wird es in den anstehenden Neuverhandlungen voraussichtlich zumeist gehen.

Mehr Spielraum bei Technologieverträgen

Kurz nach Verkündung des FIE Law hat der chinesische Gesetzgeber eine Reihe von Vorschriften mit sofortiger Wirkung aufgehoben, die bislang eine Benachteiligung ausländischer Unternehmen in Technologieverträgen darstellten. Die wichtigsten Änderungen sind die Folgenden:

- ▶ Die Beschränkung, Technologielizenzverträge auf maximal zehn Jahre zu befristen, ist entfallen
- ▶ Dem chinesischen JV-Partner muss nach Ablauf eines JV nicht mehr zwingend ein Nutzungsrecht an der Technologie eingeräumt werden

- ▶ Es ist nicht mehr notwendig, dass ein chinesischer Nutzer das Eigentumsrecht an Verbesserungen und Weiterentwicklungen der Technologie haben muss
- ▶ Ein chinesischer Nutzer, der trotz Vertragstreue einen Schaden erlitten hat, da er unbemerkt Rechte Dritter verletzt, muss nicht mehr zwingend vom ausländischen Partner entschädigt werden
- ▶ Etliche Verbote, dem chinesischen Nutzer vertragliche Beschränkungen aufzuerlegen, sind entfallen

Ausländische Unternehmen haben zukünftig mehr Spielraum, die Vertragsgestaltung in neuen Technologieverträgen zu ihren Gunsten zu modifizieren. Bei bestehenden Verträgen kann zumindest der Versuch unternommen werden, diese in Teilen neu zu verhandeln und die ehemalige Bevorzugung chinesischer Vertragspartner zu beenden. Bei allem gilt es jedoch zu beachten, dass das PRC Contract Law, dessen Bestimmungen weiterhin unverändert in Kraft sind, der Vertragsfreiheit zulasten eines Technologiegebers nach wie vor einige Grenzen setzt.

Zum Autor:

Dr. Falk Lichtenstein,
Partner bei CMS China in Beijing, berät Mandanten im chinesischen Gesellschaftsrecht, chinesischen und internationalen Handelsrecht sowie zu Dispute Resolution.

Kontakt:
0086 (0)10 8527 0597
falk.lichtenstein@cmslegal.cn



Digitale Plattform „VR International“: Mehrwert für Ihre internationalen Geschäfte

Die App „VR International“, die das monatlich erscheinende Fachmagazin ergänzt, können Sie sich kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen.



IMPRESSUM

Herausgeber: DZ BANK AG, Deutscher Genossenschafts-Verlag eG
Redaktion: MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG
Rudolfstr. 22-24, 60327 Frankfurt am Main
Objektleitung: Andreas Köller, DG VERLAG, E-Mail: akoeller@dgverlag.de
Verlag: Deutscher Genossenschafts-Verlag eG
Vertreten durch den Vorstand:
Peter Erlebach (Vorsitzender), Franz-J. Köllner und Mark Wülfinghoff,
Leipziger Str. 35, 65191 Wiesbaden

Druck und Versand: Görres-Druckerei und Verlag GmbH, Niederbieberer Str. 124, 56567 Neuwied
Bildnachweis: Marco Förster; DZ BANK; Christoph Trebesch; Shutterstock
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des Deutschen Genossenschafts-Verlages eG zulässig.
ISSN 2195-206X
VR International erscheint monatlich und ist bei Volksbanken und Raiffeisenbanken erhältlich.
Redaktionsschluss ist jeweils vier Wochen vor Erscheinungstermin.
Für die Richtigkeit und Vollständigkeit keine Gewähr.